

Aus dem Rahmen fällt der Beitrag von *Ulrich von Alemann* und *Annika Laux*, die ausgewählte Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 vorstellen. Demnach vertreten die Befragten mehrheitlich ein mitgliederzentriertes Parteiverständnis und bemängeln das geringe Ausmaß, mit dem die Partielite auf die Parteibasis Rücksicht nimmt (256f). Ohne die vorangestellten disparaten Einzelergebnisse zu bündeln und zu bilanzieren, streift *Rudolf Korte* abschließend die dem Wandel unterworfenen Kontextbedingungen der Partizipation in Parteien. Normalerweise repräsentieren Sonderbände von wissenschaftlichen Fachjournals den neuesten Forschungsstand des ausgewählten Themenfeldes. Der Sonderband „Wie entscheiden Parteien“ reiht im Kern unverbundene Einzelportraits von deutschen Parteien aneinander, ohne einer verbindenden Fragestellung nachzugehen oder sich im Hinblick auf parteiinterne Entscheidungsprozesse eines gemeinsamen analytischen Bezugsrahmens zu bedienen, der die relevanten Faktoren erfasst, welche Verlauf und Ergebnis des Prozesses beeinflussen. Wie aus einer Phasen-Perspektive Entscheidungsprozesse verlaufen, wer dabei inkludiert beziehungsweise exkludiert ist, wird nicht erörtert. Entscheidungs-Outputs werden nicht sorgfältig genug von Entscheidungs-Inputs und dem Prozessverlauf selbst getrennt. Personal-, Programmbildungs- und strategische Entscheidungsprozesse bleiben ausgeblendet. So geraten in erster Linie (bekannte) „formale Struktur- und Machtverteilungsmuster“ in den Blick, ohne jedoch deren Erklärungswert für innerparteiliche Entscheidungsprozesse systematisch herauszuarbeiten. Entscheidungsprozessanalyse kommt zu kurz,

Mikropolitik ist schon gar kein Untersuchungsthema. Zu fragen bleibt, ob sich solche Art theoriearmer und analytisch unterkomplexer Parteienforschung, noch dazu ohne Anschluss an den internationalen Forschungsstand und komparative Ambitionen, nicht kritischer ihres wissenschaftlichen Leistungsanspruches vergewissern müsste.

*Elmar Wiesendahl*

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Nye, Joseph. *Presidential Leadership and the Creation of the American Era*. Princeton. Princeton University Press 2013. 200 Seiten, 20,20 €.

*Joseph Nye* gehört zu den prägenden Politologen der Gegenwart. Bekannt ist er vor allem durch seine Konzeption von weicher und intelligenter Macht. Obendrein gehört er zu den Akademikern, die Erfahrung in der politischen Praxis sammelten. Unter Bill Clinton war er im Pentagon tätig. Zuvor hatte er den Vorsitz im National Intelligence Council, der Denkfabrik von Amerikas Geheimdiensten, inne. Damit zeugen seine Werke davon, wie die außenpolitische Elite der USA die Stellung und Mission ihres Landes in der Welt einschätzt.

Auch Nyes neueste Monographie, „*Presidential Leadership and the Creation of the American Era*“, macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie beschäftigt sich mit dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur einzigen Supermacht des 20. Jahrhunderts. Im Zentrum stehen zwei Fragen: Spielte präsidentielle Führung eine Rolle bei der Entstehung von dem, was Henry Luce als „Amerikanisches Jahrhundert“ bezeichnete? Und wer baute es effektiver

aus, Präsidenten mit ambitionierten Zielen oder vorsichtige Verwalter, die große Visionen scheuten und nach dem Hippokratischen Eid „Richte keinen Schaden an!“ handelten?

Um diese Fragen zu beantworten, werden acht US-Präsidentschaften, von Theodore Roosevelt bis George H.W. Bush, analysiert. Das Urteil fällt gemischt aus. Im Allgemeinen begreift Nye strukturelle Entwicklungen im internationalen System als entscheidend für das Emporstreben einer Nation. Präsidentieller Agency billigt er dagegen nur eine Wirkung von 10-15% auf diesen Prozess zu. Ausnahmen bildeten aber Krisensituationen, in denen die zentrale Stellung von Präsidenten im politischen System deren Einfluss vergrößerte.

Der Autor gibt all jenen Staatsmännern gute Noten, die seine Ideen von smart und soft power verinnerlichten. Vorteilhaft Werte erzielen mit Franklin Roosevelt und Harry Truman zwei Politiker mit transformativen Intentionen, die im richtigen Moment die Möglichkeit ergriffen, um die amerikanische Vorrangstellung auszubauen. Noch besser werden die Republikaner Dwight Eisenhower und Georg Bush Senior zensiert. Sie gelten als umsichtige Manager, die dafür Sorge trugen, dass tiefgreifender Wandel wie das Ende der UdSSR, friedlich vonstattengehen konnte.

Besonders maßgeblich für den Erfolg der vier Präsidenten waren, so heißt es, deren Fähigkeiten, die Chancen und Grenzen von US-Außenpolitik zu erkennen. Zu Verdeutlichung zieht Nye kontrafaktische Gedankenspiele heran, das heißt historische Amtsträger werden mit Zeitgenossen ersetzt und Spekulationen über alternative Geschichtsverläufe angestellt. Dabei entstehen

Argumente wie die folgenden: Unter der Präsidentschaft des Nazi-Sympathisanten Charles Lindberg hätten die USA ihren Fokus im 2. Weltkrieg auf Japan gerichtet und eine deutsche Hegemonie über Europa akzeptiert. Darum gebühre FDR und Truman großes Lob für ihren Kampf gegen die Achsenmächte insgesamt und für die Schaffung eines Fundaments, auf dem eine liberale Weltordnung aufbauen konnte. Während es hier zur Würdigung von weitreichenden Zielen kommt, wird Präsident Eisenhower für seine vermeintliche Zurückhaltung im Ringen mit dem internationalen Kommunismus hochgeschätzt. Hierzu wird der Koreakrieg ins Feld geführt, in dem er sich führenden Militärs verwehrte, die den Einsatz von Atomwaffen forderten. Unter ihnen befand sich General Douglas Mac Arthur, den Nye als Kontrafaktum einführt, das als Präsident die nukleare Eskalation gesucht hätte. Welche Kriterien die Auswahl der hypothetischen Amtsträger leiteten, bleibt unersichtlich. In einem Fall sind sie frühere Kriegshelden oder Außenminister, in einem anderen Vize-Präsidenten und andere Personen des öffentlichen Lebens. Bisweilen entsteht so der Eindruck, als würde bewusst auf extreme Besetzungen zurückgegriffen, um die Vermutung zu stärken, wonach es von Belang war, welche Art von Führungskraft den USA vorstand.

Auf zusätzliche Problemfelder stößt man an anderer Stelle. Nur acht von siebzehn US-Präsidenten des vorherigen Jahrhunderts finden sich in der Analyse wieder. Neun von ihnen bleiben unter der Maßgabe unberücksichtigt, nicht zum Ausbau von Amerikas globaler Vormacht beigetragen zu haben. Daraus erwächst ein methodisches Defizit. Handelte es sich bei den exklu-

dierten Amtsträgern um vorsichtige Verwalter, so stünden ihre visionären Gegenparts besser da, und umgekehrt. Ungeachtet dessen ist auch beim Ausschluss der Regierungschefs keine Stringenz zu erkennen. Richard Nixon wird als einziger von ihnen aus ökonomischen Gründen disqualifiziert, während dies weder Ronald Reagan noch dem älteren Bush widerfährt, die ihrerseits für eine schwache US-Konjunktur kritisiert wurden. Zugleich kommt es nicht zum Einbezug von Präsident Clinton, der in den 1990ern Jahren zum Abbau des Haushaltsdefizits beitrug und für Analysten den Grundstein für die Erneuerung amerikanischer Weltmacht legte.

Am Ende steht eine defizitäre Publikation, die es sich gleichwohl zu lesen lohnt. Zum einen bekräftigt sie die menschliche Prägekraft auf die internationale Politik, in dem sie genuin strukturelle Erklärungen zurückweist und die Kontingenz sozialer Phänomene aufzeigt. Zum anderen bietet sie ein anschauliches Beispiel für die Widerstandsfähigkeit der hegemonialen Ausprägung von Amerikas außenpolitischer Identität. Konsequenterweise werden Thesen vom Niedergang der Vereinigten Staaten eine Absage erteilt. Und niemals wird der Nutzen einer Supermachttrolle hinterfragt. Vielmehr gilt es als selbsterklärend, dass einzig die USA mit ihrer Außenpolitik den Ankerpunkt für Frieden und Wohlstand in der Welt darstellen. Denn die hypothetischen Alternativen zu amerikanischer Führung, dem ist sich *Joseph Nye* sicher, heißen eben nicht China und Russland, sondern Unordnung und Chaos.

Tobias Fella

Young, Oran R. *Institutional Dynamics: Emergent Patterns in International Environmental Governance*. Cambridge. MIT Press 2010. 225 Seiten. 19,00 €.

*Young*, ein führender Vertreter der Regimetheorie in den Internationalen Beziehungen (IB), geht in diesem Buch der Frage nach, wie sich Regime über Zeit wandeln. Sein empirischer Fokus liegt auf Umweltregimen, doch ist die Arbeit konzeptionell allgemein genug gehalten, um zur institutionalistischen Forschung in allen Sachbereichen der internationalen Politik zu sprechen. Schließlich konstatiert *Young* zu Recht, dass historische Dynamiken in internationalen (Umwelt-)Regimen – hier definiert als Sets von Rechten, Regeln und Entscheidungsverfahren zur Steuerung der Mensch-Umwelt-Beziehung (1) – bislang kaum theoretisiert sind. So wurden die Entstehungsbedingungen und auch die Wirkung internationaler Regime seit den 1980er Jahren intensiv debattiert, ihre Entwicklung über Zeit jedoch vernachlässigt. *Young* schlägt nun eine an die Theorie komplexer Systeme angelehnte Konzeptionalisierung von Institutionenwandel vor und betrachtet damit fünf Fallstudien: das Ozonregime, das Regime um den Antarktisvertrag, das Klimaregime, das Walfangregime und das Regime zum Schutz von Robben in der Beringsee. Die Kernthese des Buches lautet, dass es einer Passung zwischen internen Regimeeigenschaften und äußeren Umständen bedarf, um die Bestandsfähigkeit der Institution zu sichern.

Diese These klingt nicht zufällig vage. Denn, um es vorwegzunehmen, sowohl die Konzeptionalisierung als auch das Forschungsdesign der Studie lassen leider nur ungefähre Schlüsse über Re-